



## **Niederschrift** **(öffentlicher Teil)**

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom  
29.01.2013

Anwesend:  
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:  
Anton Holz

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:20Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

## Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Ausbau / Verbesserung des Ginsterweges  
Vorlage: FB 3/690/2012
2. Situation an den Bushaltestellen Selmer Straße / Stadtstannenweg und Selmer Straße in Höhe der Gärtnerei Thies  
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2012  
Vorlage: FB 3/733/2013
3. Endgültige Herstellung der Erschließungsanlagen im Baugebiet Paterkamp Südost / Abbindung des "Freigrafenweges" von der Straße "Paterkamp"  
Bürgerantrag vom 12.11.2012  
Vorlage: FB 3/732/2013
4. Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum  
hier: Umbau von Lichtsignalanlagen  
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.05.2012  
Vorlage: FB 3/738/2013
5. Bürgerantrag vom 17.12.2012 "Errichtung einer zweiten Querungshilfe (B 235 Sendener Straße/nordöstlicher Steverseitenweg) sowie Versetzen des Ortseingangsschildes in Richtung Abzweig Hiddingsel"  
Vorlage: FB 3/735/2013
6. Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2012  
Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Olfener Str. / Hans-Böckler-Str. / Werner-von Siemens-Str.  
Vorlage: FB 3/737/2013
7. Fraktionsantrag der UWG Fraktion vom 11.01.2013  
Erstellung eines Baumkatasters  
Vorlage: FB 3/739/2013
8. Fraktionsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.01.2013  
Städtische Baum- und Grünpflege  
Vorlage: FB 3/740/2013
9. Berichte
- 9.1. Endgültiger Ausbau der Straßen und Wege im Baugebiet Paterkamp-Südost  
Vorlage: FB 3/746/2013
10. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

11. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren  
Vorlage: FB 3/734/2013
12. Berichte
13. Anfragen

Zu Beginn der Sitzung wird der skB. Steinkuhl vom Ausschussvorsitzenden in sein Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

**TOP 1) Ausbau / Verbesserung des Ginsterweges**  
**Vorlage: FB 3/690/2012**

skB. Havermeier erklärt sich bezüglich der Beratung des Tops für befähigt und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Ausschussvorsitzender Holz zeigt einleitend die bisherige Beratungsfolge auf und verweist auf ein am 11.12.2012 mit den Anliegern geführtes Gespräch, in dem sich diese mit einer Ausbesserung des Ginsterweges einverstanden erklärt hätten.

Stv. Dr. Wischnewski hinterfragt, ob für den Ginsterweg, bei dem es sich um eine reine Anliegerstraße und zudem um eine Sackgasse handle, ein Unterbau in einer Stärke von 60 cm erforderlich sei. Er erkundigt sich, ob es keine kostengünstigere Alternative gebe. Darüber hinaus bittet er zu überdenken, ob für Anliegerstraßen nicht grundsätzlich ein kostengünstigerer Straßenaufbau ausreichend sei.

Herr Gehre erläutert, dass der im Bereich des Ginsterweges vorgesehene Aufbau deutlich unter der Aufbaustärke liege, die z.B. für Hauptverkehrsstraßen vorgesehen ist. Die Aufbaustärke sei auf Grundlage der Empfehlungen RSTO ermittelt worden; aufgrund der Bodenverhältnisse sei ein Aufschlag in Höhe von 5 cm erforderlich gewesen.

Stv. Möllmann erklärt, dass grundsätzlich gute Argumente für einen Neuausbau des Ginsterweges vorliegen. Er halte jedoch, vor dem Hintergrund, dass es sich bei dem Ginsterweg um eine Sackgasse mit einer fast ausschließlichen Frequentierung durch die Anlieger handelt, eine differenzierte Betrachtung für erforderlich.

Er verweist auf vereinzelte Instandhaltungsmaßnahmen in Seppenrade (z.B. Drosselweg), bei denen - als Alternative zu einem vollständigen Neuausbau - auch nur Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt wurden.

Stv. Möllmann stellt heraus, dass der Umfang der Ausbesserungsarbeiten jedoch auf einen bestimmten Höchstbetrag beschränkt werden müsse.

Er regt an, der Verwaltung einen Prüfauftrag dahingehend zu erteilen, dass ermittelt wird, in welchem Umfang die vorhandenen Spurrillen mit einem zur Verfügung stehenden Betrag in Höhe von 10.000 € beseitigt werden können. Er beantragt, den Beschlussvorschlag entsprechend anzupassen.

SkB. Wagner bringt zum Ausdruck, dass sich die FDP-Fraktion den Ausführungen von Stv. Möllmann inhaltlich anschließt.

Stv. Breuer bittet zu bedenken, dass für die Erstellung der Ausbaupläne bereits 17.000 € angefallen sind. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass aufgrund des nicht ausreichenden Unterbaus keine Gewährleistungsansprüche für vorgenommene Ausbesserungsarbeiten bestehen. Er sieht die Gefahr, dass eine Entscheidung gegen einen Neuausbau dazu führt, dass auch Anlieger anderer Straßenzüge eine Beschränkung auf Instandhaltungsmaßnahmen fordern.

Stv. Dr. Wischnewski verdeutlicht, dass er die Entscheidung über den Ausbau des Ginsterweges als Einzelfallentscheidung ansehe.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schließt sich dieser Aussage sowie dem Antrag der CDU-Fraktion, nochmals die Möglichkeiten einer begrenzten Instandsetzung zu prüfen, inhaltlich an.

Herr Herrmann weist abschließend nochmals ausdrücklich darauf hin, dass eine partielle Ausbesserung des Ginsterweges aus technischer Sicht nicht wirtschaftlich sei. Aufgrund des nicht ausreichenden Unterbaus könnten die vorhandenen Schäden nur für einen kurzen Zeitraum behoben werden; es sei bereits absehbar, dass die Schäden durch Absacken des Untergrundes in kurzer Zeit erneut auftreten werden.

**I. Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu ermitteln, in welchem Umfang Instandhaltungsarbeiten am Ginsterweg mit einem begrenzten Budget in Höhe von 10.000 € durchgeführt werden können. Die Ergebnisse sollen in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

**TOP 2) Situation an den Bushaltestellen Selmer Straße / Stadtstannenweg und Selmer Straße in Höhe der Gärtnerei Thies  
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 03.05.2012  
Vorlage: FB 3/733/2013**

Herr Gehre erläutert den vom Ingenieurbüro Gnegel in Abstimmung mit dem Landesbetrieb erstellten Ausbauplan. Er weist darauf hin, dass die Querungshilfe unter Berücksichtigung des Leitfadens „Barrierefreiheit im Straßenraum 2012“ ausgebaut wird.

skB. Havermeier bringt zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion den Bau der Querungshilfe sehr begrüße. Er hält eine kurzfristige Umsetzung im Jahr 2013 für erforderlich. Darüber hinaus weist er nochmals auf die im Fraktionsantrag der SPD-Fraktion ebenfalls thematisierte Problematik im Bereich der Haltestelle „Gärtnerei Thies“ hin. Er bittet darum, insbesondere nochmals eine Zusammenlegung von Haltestellen zu prüfen.

Stv. Reismann erkundigt sich nach der Höhe der von der Stadt Lüdinghausen zu übernehmenden Planungskosten.

Die Verwaltung erläutert, dass sich diese auf ca. 25.000 € belaufen werden; in diesem Betrag seien die für die Bauleitung anfallenden Kosten mit enthalten.

Ausschussvorsitzender Holz weist ergänzend darauf hin, dass sich die Verwaltung aufgrund begrenzter personeller Kapazitäten dafür entschieden habe, die Planungs- und Bauleistungen extern zu vergeben.

Abschließend bittet er darum, die Baumaßnahme möglichst in den Sommerferien umzusetzen.

**I. Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss nimmt den in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW erarbeiteten Ausbauplan zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme in Absprache mit dem Landesbetrieb umzusetzen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 3) Endgültige Herstellung der Erschließungsanlagen im Baugebiet Paterkamp Südost / Abbindung des "Freigrafenweges" von der Straße "Paterkamp" Bürgerantrag vom 12.11.2012**

**Vorlage: FB 3/732/2013**

Ausschussvorsitzender Holz weist einfürend darauf hin, dass die im Bürgerantrag geforderte dauerhafte Abbindung der Straßen „Freigrafenweg“ und „Paterkamp“ bereits in der letzten Ausschusssitzung diskutiert worden sei. Der Ausschuss habe sich tendenziell für eine Durchgängigkeit dieser Straßen ausgesprochen. Aufgrund nachträglich eingereichter Begründungen der Eingabeführer sei die abschließende Beratung jedoch auf die heutige Sitzung vertagt worden.

skB. Havermeier bringt zum Ausdruck, dass aufgrund der geringen Breite der Verbindungsstraße kein übermäßiger Durchgangsverkehr zu erwarten sei. Die SPD-Fraktion unterstütze aus diesem Grund den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Die CDU-Fraktion sowie die FDP-Fraktion schließen sich dieser Aussage inhaltlich an.

skB. Wagner ergänzt, dass im Falle der Durchgängigkeit zudem eine bessere Befahrbarkeit für Rettungsfahrzeuge gegeben sei.

Stv. Wippich bittet zu bedenken, dass auf der den „Freigrafenweg“ und den „Paterkamp“ verbindenden Straße kein Begegnungsverkehr möglich ist. Er hält die gewählte Straßenbreite für zu schmal; aus seiner Sicht sei der Übergangsbereich der beiden Baugebiete „Paterkamp“ und „Paterkamp Südost“ nicht optimal geplant worden.

Bürgermeister Borgmann verweist auf die rechtskräftigen Bebauungspläne, die eine Verbindung zwischen den Baugebieten „Paterkamp“ und „Paterkamp Südost“ vorsehen, um eine Bündelung des Verkehrs auf einzelne Straßen zu vermeiden. Der Bürger genieße Vertrauensschutz dahingehend, dass die in den Bebauungsplänen getroffenen verkehrlichen Regelungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

**I. Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die bislang vorgesehene Verkehrsführung, die eine Verbindung der Baugebiete „Paterkamp“ und „Paterkamp Südost I und II“ vorsieht, auch nach erfolgtem Endausbau beizubehalten. Eine Abbindung der Straße „Paterkamp“ zum „Freigrafenweg“ soll nicht erfolgen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 4) Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsraum  
hier: Umbau von Lichtsignalanlagen  
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 01.05.2012  
Vorlage: FB 3/738/2013**

Ausschussvorsitzender Holz führt in die Thematik ein und verweist auf die der Sitzungsvorlage beigefügte Stellungnahme des Landesbetriebes Straßen NRW.

skB. Havermeier erläutert, dass es Intention des SPD-Fraktionsantrages gewesen sei, grundsätzlich mit der behindertengerechten Umrüstung von Lichtsignalanlagen zu beginnen. Der SPD-Fraktion sei bewusst, dass nicht eine sofortige Nachrüstung aller im Stadtgebiet vorhandenen Lichtsignalanlagen umsetzbar sei. Er halte die Erstellung einer Prioritätenliste, insbesondere auch für diejenigen Ampelanlagen, die sich in der Baulast der Stadt Lüdinghausen befinden, für erforderlich.

Herr Herrmann sagt die Erstellung einer Liste, in denen die umzurüstenden städtischen Lichtsignalanlagen nach ihrer Dringlichkeit sortiert werden, zu. Es weist darauf hin, dass jedoch zunächst Gespräche mit den zuständigen Behindertenverbänden geführt werden sollen, damit deren Ergebnisse in die Gewichtung mit einfließen können.

Bürgermeister Borgmann verweist auf die Haushaltsplanberatungen 2013, in denen über die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Umrüstung städtischer Lichtsignalanlagen entschieden werde.

**I. Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, Abstimmungsgespräche mit den Interessenvertretungen der blinden und sehbehinderten Menschen sowie dem Landesbetrieb Straßen NRW zu führen, um den konkreten Bedarf für eine behindertengerechte Umrüstung der vorhandenen Lichtsignalanlagen zu ermitteln.

Über die Gesprächsergebnisse ist in einer der nächsten Ausschusssitzungen zu berichten.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 5) Bürgerantrag vom 17.12.2012 "Errichtung einer zweiten Querungshilfe  
(B 235 Sendener Straße/nordöstlicher Steverseitenweg) sowie Versetzen  
des Ortseingangsschildes in Richtung Abzweig Hiddingsel"  
Vorlage: FB 3/735/2013**

Stv. Ernst bringt zum Ausdruck, dass seitens der CDU-Fraktion die Errichtung einer zweiten Querungshilfe auf der „Sendener Straße“ gewünscht werde. Es sei deutlicher Bedarf vorhanden, die Verkehrssicherheit durch eine zusätzliche Querungshilfe zu erhöhen. Er verweist auf die positiven Erfahrungen im Bereich „Valve“, in dem die Gefährdungspotentiale durch die Errichtung einer zweiten Querungshilfe entschärft werden konnten.

**I. Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bürgerantrag zur Stellungnahme an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an den Kreis Coesfeld weiterzuleiten. Die weitere inhaltliche Beratung soll erfolgen, sobald die Stellungnahmen beider Behörden vorliegen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 6) Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2012**  
**Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Olfener Str. / Hans-Böckler-Str. / Werner-von-Siemens-Str.**  
**Vorlage: FB 3/737/2013**

Stv. Möllmann erläutert, dass die CDU-Fraktion die Errichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich „B 235 / Zufahrtsstraßen zu den Gewerbegebieten Tetekum bzw. Wieschebrink“ aufgrund des häufigen Verkehrsrückstaus, der in den Hauptverkehrszeiten sowohl auf der „Hans-Böckler-Straße“ als auch auf der „Werner-von-Siemens-Straße“ zu beobachten sei, für erforderlich halte.

Die Errichtung eines zusätzlichen Kreisverkehrs wird Fraktionsübergreifend grundsätzlich befürwortet.

Stv. Dr. Wischnewski weist auf das Erfordernis hin, den Radius des Kreisverkehrs ausreichend groß zu gestalten, so dass auch eine Befahrbarkeit für Schwerlastzüge gewährleistet ist. Er verweist auf den im Bereich der „Valve“ errichteten Kreisverkehr, in dem die Bankette mangels ausreichender Breite bereits durch LkWs beschädigt worden sei.

Stv. Breitbach schließt sich dieser Aussage inhaltlich an.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass eine Verkehrszählung durch den Landesbetrieb Straßen NRW durchgeführt werde. Er weist darauf hin, dass die Stadt Lüdinghausen sich an den Baukosten zu beteiligen habe, sofern sich aufgrund der Zählung ergeben sollte, dass 20 % des Verkehrs von den städtischen Straßen ausgelöst werde.

**I. Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der CDU-Fraktion an den Landesbetrieb Straßen NRW weiterzuleiten. Eine inhaltliche Beratung soll erfolgen, sobald eine Stellungnahme des Landesbetriebes vorliegt.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 7) Fraktionsantrag der UWG Fraktion vom 11.01.2013**  
**Erstellung eines Baumkatasters**  
**Vorlage: FB 3/739/2013**

Stv. Kehl erläutert einleitend den Inhalt und die Hintergründe für den Antrag der UWG-Fraktion. Er stellt heraus, dass Bäume prägend zum Stadtbild gehören. Aus diesem Grund sei auch nachvollziehbar, dass Bürger sehr emotional auf die Fällung von Bäumen reagieren würden. Um die Gründe für Baumfällungen - sowohl für die Bürger als auch für die politischen Vertreter - leichter nachvollziehbar zu machen, sei eine Information über die Maßnahmen im Vorfeld unerlässlich.

Die Erstellung eines Baumkatasters werde zwingend für erforderlich gehalten. Es werde grundsätzlich befürwortet, dass mit der Erfassung der Bäume im Innenstadtbereich begonnen wird.

Herr Steenweg stellt heraus, dass ein Baumkataster überwiegend zur Erleichterung und Dokumentation der unter dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherungspflichten durchzuführenden Kontrollen dient. In den Jahren 1995 – 1996 seien bereits erste Daten manuell erfasst worden, die nunmehr zu aktualisieren sind.

Über die Fällung von Bäumen sei bislang über die örtliche Presse oder aber direkt im zuständigen Fachhausschuss informiert worden.

Es sei lediglich eine Grobeinschätzung möglich, in welchen Bereichen zukünftig Fällungen erforderlich werden könnten (z.B. Kastanienallee). Oftmals träten jedoch unvorhergesehene Faktoren auf, auf die dann reagiert werden müsse.

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die aus Kostengründen vorgenommene Umwandlung von Pflanzbeeten (z.B. in Rasenflächen) in keinem direkten Zusammenhang mit der Fällung von Bäumen steht. Die Umwandlung reduziere sich auf den Ersatz von Bodendeckern; Baumfällungen erfolgten nur, sofern sie aus anderen, nicht mit der Umwandlung zusammenhängenden Gründen zwingend erforderlich seien.

Bürgermeister Borgmann verdeutlicht, dass der Verwaltung im Gegenzug auch zahlreiche Anfragen von Bürgern vorliegen, in denen die Fällung von Bäumen ausdrücklich gewünscht werde. Er weist eingehend darauf hin, dass die Verwaltung für den Erhalt städtischer Bäume kämpfe; oftmals seien, um dieses Ziel zu erreichen, schwierige Verhandlungsgespräche mit Bürgern zu führen.

Ergänzend bringt er zum Ausdruck, dass die Fällung von Bäumen oftmals auch erforderlich werde, um den bestehenden Verkehrssicherungspflichten, die durch die Rechtsprechung definiert sind, gerecht zu werden. Exemplarisch nennt er den Fall, dass Baumwurzeln die Kanalisation beschädigen.

SkB. Wagner regt an, bei zukünftigen Bebauungsplanverfahren die Standorte von vorhandenen Bäumen in dem Bebauungsplan kenntlich zu machen.

Bürgermeister Borgmann macht deutlich, dass dieser Anregung nicht gefolgt wird; er verweist auf den im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplanverfahren vorzulegenden Umweltverträglichkeitsbericht, der diesbezüglich umfassende Informationen, einschließlich der vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen enthalte. Er bringt zum Ausdruck, dass die Verwaltung umfassende Unterlagen vorgelegt habe und verweist auf die bestehende Informationspflicht eines jeden Stadtverordneten.

Die SPD-Fraktion, FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion schließen sich der Aussage der UWG-Fraktion dahingehend an, dass - insbesondere um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen - eine vorherige Information über geplante Baumfällungen und sonstige bedeutsame Pflegearbeiten erforderlich sei.

Stv. Breitbach bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion die Arbeit von Herrn Steenweg sehr schätze und hebt sein hohes Engagement lobend hervor.

Er regt an, den gewünschten Bericht, in dem sowohl über bereits durchgeführte als auch über geplante Maßnahmen informiert werden soll, zukünftig jährlich, jeweils im Herbst im Ausschuss vorzustellen.

SkB. Havermeier bringt zum Ausdruck, dass die Erstellung eines Baumkatasters als sinnvoll angesehen wird. Er weist darauf hin, dass vor dem Hintergrund des hohen Aktualisierungsaufwandes eine Datenerfassung jedoch auf die notwendigen Angaben beschränkt werden sollte.

Stv. Dr. Wischnewski verdeutlicht, dass durch die Erstellung des Baumkatasters eine Bestandaufnahme erfolge. Die Erfassung der Daten sei wichtig, damit Informationen dokumentiert und sowohl den Bürgern als auch den Politikern zugänglich gemacht werden könnten. Bei Kenntnis der nötigen Hintergrundinformationen seien die Gründe für Baumfällungen leichter nachzuvollziehen.

skB. Bierschenk schließt sich dieser Aussage inhaltlich an und berichtet, dass eine Veröffentlichung von Baumkatasterdaten aus eigener Erfahrung zu einer besseren Nachvollziehbarkeit einzelner Maßnahmen führe.

Herr Herrmann erläutert, dass die Verwaltung derzeit dabei sei, das Baumkataster aufzubauen. Eine Veröffentlichung werde grundsätzlich befürwortet, allerdings seien die einzelnen Schritte nacheinander abzuarbeiten.

Stv. Kehl beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung zukünftig im Herbst eines jeden Jahres - zusätzlich zu den durchgeführten - auch über die vorgesehenen Baum- und Gehölzarbeiten berichtet.

Stv. Möllmann ergänzt, dass aufgrund der bereits begonnenen Erfassung der Baumkatasterdaten auf die Einbeziehung der Erfahrungswerte anderer Kommunen in die Berichterstattung verzichtet werden sollte.

#### **I. Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Ausschusssitzungen über die geplante Vorgehensweise zur Erstellung eines Baumkatasters sowie den aktuellen Sachstand der Datenerfassung zu berichten.

Darüber hinaus soll zukünftig jährlich, jeweils im Herbst, über die im vergangenen Jahr durchgeführten sowie die wesentlichen geplanten pflegerischen Baum- und Gehölzarbeiten im Ausschuss berichtet werden.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

#### **TOP 8) Fraktionsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.01.2013 Städtische Baum- und Grünpflege Vorlage: FB 3/740/2013**

Stv. Wippich weist darauf hin, dass die wesentlichen der im Fraktionsantrag thematisierten Anregungen bereits inhaltlich unter dem Top 7) mitbehandelt worden seien.

Die Durchführung von Sondersitzungen des Ausschusses werde aufgrund des unter Top 7) gefassten Beschlusses nicht mehr als zwingend erforderlich angesehen.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzenden Holz, ob der Fraktionsantrag inhaltlich ausreichend beraten sei, erklärt Stv. Wippich, dass eine gesonderte Beschlussfassung über den Fraktionsantrag der Bündnis 90 / Die Grünen nicht mehr für erforderlich gehalten wird.

skB. Bierschenk weist abschließend darauf hin, dass eine neue Richtlinie des Landes zur Förderung von Ersatzanpflanzungen in Kraft getreten ist.

## **TOP 9) Berichte**

- siehe Anlage 1 -

## **TOP 10) Anfragen**

skB. Schulze Meinhövel erkundigt sich, ob die Anregung, Straßenbeete mit einem speziellen Pflanzsubstrat aufzufüllen, bei dem Ausschreibungsverfahren „Endausbau Baugebiet Paterkamp-Südost“ berücksichtigt werde.

Herr Herrmann erklärt, dass der Hinweis mit umgesetzt wird.

skB. Havermeier berichtet, dass er von Anliegern des Baugebietes Paterkamp Südost darauf angesprochen worden sei, dass zu Beginn der südlichen Stichstraßen, welche als „Verkehrsberuhigte Bereiche“ ausgewiesen sind, vier Verkehrsschilder (Anfang / Ende „Zone 30“ sowie Anfang/Ende „Verkehrsberuhigter Bereich“) aufgestellt werden sollen. Er erkundigt sich, ob es möglich ist, die Anzahl der Verkehrsschilder zu reduzieren.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Darüber hinaus erkundigt sich SkB. Havermeier, ob der Verwaltung der Neubau einer Turnhalle am Gymnasium Canisianum bekannt sei.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass der Schulträger sich Gedanken über einen Neubau mache, weil er stets über zu geringe Hallenkapazitäten klagt.

Im Anschluss fragt skB. Havermeier nach dem aktuellen Verfahrensstand der Mängelbeseitigung im Baugebiet Rott-Nord.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass bereits Klage gegen die ausführende Baufirma erhoben worden ist. Ein abschließendes Gespräch unter Beteiligung der Rechtsbeistände beider Parteien habe zu keinem Ergebnis geführt. Aus diesem Grund sei das weitere Gerichtsverfahren abzuwarten.

Darüber hinaus erkundigt sich skB. Havermeier nach der Kostenentwicklung der Leistungssporthalle.

Die Stellungnahme / Antworten der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage 2) beigelegt.

Abschließend fragt skB. Havermeier an, ob die statische Überprüfung der Flachdächer der städtischen Gebäude bereits durchgeführt wurde.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die Prüfung erfolgt sei. Größere Mängel, die Baumaßnahmen nach sich ziehen, seien ihm nicht bekannt.

Stv. Schäpers weist darauf hin, dass im städtischen Kindergarten Tüllinghoff zwingend ein weiterer Raum benötigt werde.

Bürgermeister Borgmann berichtet, dass aufgrund des engen Zuschnittes des Grundstückes eine Realisierung sehr schwierig erscheine.

Stv. Dr. Wischnewski erkundigt sich nach dem Stand der Vermarktung der Wohnbaugrundstücke im Baugebiet „Alter Sportplatz“. Seiner Kenntnis nach seien nach der ersten Stufe des Vergabeverfahrens erst ca. 40 Grundstücke vergeben worden.

Bürgermeister Borgmann berichtet, dass Grundstücksverkäufe als realistisch anzusehen sind. Die bisherige Entwicklung der Grundstücksvermarktung werde als sehr positiv eingeschätzt.

skB. Steinkuhl weist darauf hin, dass im Bereich des „Katenbergbaches / ehemals Vorfluter B“ Gartenabfälle in den alten Bachlauf entsorgt werden.

Herr Gehre erklärt, dass der Graben weder Eigentum der Stadt Lüdinghausen noch Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage sei. Ein Engreifen sei aus diesem Grund nur durch das städtische Ordnungsamt möglich.

Stv. Kehl erkundigt sich, ob die an den Lärmschutzwall angrenzenden Wohnbaugrundstücke im Bereich des „Alten Sportplatzes“ schon alle veräußert sind.

Bürgermeister Borgmann verneint dies.

Stv. Dr. Wischnewski bittet darum, bei zukünftigen Wohnbaulandplanungen zu berücksichtigen, dass die angebotenen Wohnbaugrundstücke auch veräußert werden können.

Stv. Wippich erkundigt sich, ob das Hochstehen von Gehwegplatten auf die Verwendung von Streusalz zurück zu führen ist

Ausschussvorsitzender Holz berichtet, dass die Schäden nicht allein hierauf zurück zu führen sind, dass das Streuen von Salz aber hierzu beitrage.

---

Anton Holz  
Vorsitzende/r

---

Ellen Trudwig  
Schriftführer/in

## Anwesenheitsliste

zur 22. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 29.01.2013

anwesend:

### Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

### CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Kasberg, Bertholt	
Möllmann, Bernhard	Vertretung für Herrn Heinrich Horstmann
Schäper, Gabriele	
Schotte, Irmgard	
Schulze Meinhövel, Anja	
Schulze Uphoff, Theo	

### SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Havermeier, Dirk	
Steinkuhl, Thomas	Vertretung für Herrn Artur Friedenstab

### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	
Guntermann, Christine	
Wippich, Rainer	

### UWG-Fraktion

Fichtner, Rüdiger	Vertretung für Herrn Jürgen Berau
Kehl, Markus	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

### FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
------------------	--

Wagner, Wilhelm	
-----------------	--

**von der Verwaltung**

Gehre, Björn	
Herrmann, Björn Claas	
Trudwig, Ellen	

Steenweg, Heinz-Helmut	
------------------------	--

**Entschuldigt:**

**CDU-Fraktion**

Horstmann, Heinrich	
---------------------	--

**SPD-Fraktion**

Friedenstab, Artur	
--------------------	--

**UWG-Fraktion**

Berau, Jürgen	
---------------	--